

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

15. Juni 1968 - 48 / 11
Einzelpreis DM 0.75

DDR-KONTAKTE: POLITIK NUR STUNDENWEISE

Überlegungen der Bundesregierung, zu ständigen Kontakten mit der Regierung der DDR zu kommen, waren im Kabinett kurz vor dem Inkrafttreten der neuen Paß- und Visa-Bestimmungen der DDR bis zum Beschluß gereift. Das "innere Kabinett" und ein "Kabinettsausschuß" hatten sich auf folgende Formel geeinigt: In Ostberlin sollte ein "Ständiges Büro für den Interzonenhandel" installiert werden, das jedoch nicht nur wirtschaftliche Probleme nach Bonner Regierungsanweisung, sondern auch politische Probleme mit den zuständigen Behörden und Institutionen der DDR beraten sollte. Um nicht den Anschein zu erwecken, das "Ständige Büro" sei eine Art "Konsularische Vertretung" der Bundesrepublik in der DDR, sollte das Büro nur "stundenweise" besetzt werden.

Bonner Informationen besagen, daß der Plan auch nach der wie eine kalte Dusche wirkenden Volkskammersitzung vom letzten Dienstag nicht fallengelassen worden sei. Man werde ihn weiterverfolgen, wenn auch die Konkretisierung nicht sofort, wie beschlossen, durch "diplomatische Erkundungen" vorangetrieben werden könne; die drei Westalliierten würden das "nicht verstehen".

NACH DEM DDR-PASSGESETZ: ANGRIFFE AUF BRANDT

Die in dieser Woche abgehaltenen Sitzungen von Senat, Landesvorstand und Landesauschuß sowie Fraktion der SPD waren, wie Informationen aus Teilnehmerkreisen darlegen, geprägt von Unsicherheit und Erbitterung. Es kam teilweise zu scharfen Auseinandersetzungen. Der SPD-Vorsitzende und Außenminister Brandt wurde dabei von den rechts-orientierten SPD-Vorständlern Hesse, Piefke und Hannemann frontal angegriffen. "Berlin", so die drei, "könnte sich schwer vorstellen, daß Willy Brandt in einem Augenblick, da Pankow erneut zum Würgegriff auf die Stadt ansetze, den Kommunisten Tito besucht". Brandts Platz wäre in Westberlingewesen, wo er, wie Reuter, auf einer "Freiheitskundgebung" zu den Westberlinern hätte sprechen müssen. Der Einwand, Brandt hätte doch nichts Konkretes sagen können, wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, auch Reuter habe nie etwas Konkretes gesagt, "aber er rüttelte die Berliner wenigstens auf". Sowohl der Regierende Bürgermeister Schütz als auch sein Stellvertreter Neubauer gaben sich, Berichten von Teilnehmern zufolge, in allen Sitzungen "sehr gemäßigt". Dafür dürften zwei Interventionen verantwortlich sein:

1. Außenminister Brandt hielt es nach der Wahl von Schütz zum Westberliner Parteivorsitzenden für angebracht, dem Neugekürten zu empfehlen, sich "etwas aus der Schußlinie zurückzuziehen", um neue Unruhen in Westberlin zu vermeiden und jede Zuspitzung der Situation, sowohl in der SPD als auch durch die Außerparlamentarische Opposition, zu verhindern.

2. USA-Präsident Johnson ließ Schütz in einem Brief wissen, daß er gegenwärtig keine weiteren Spannungspunkte in der Welt wünsche.

Schütz und Neubauer beherzigten in den Beratungen diese Vorschläge. Sie sprachen sich daher gegen die von SPD-Rechten für den 17. Juni geforderte "Freiheitskundgebung aller Berliner" aus. Der Vorschlag wurde gleichzeitig aber von der Westberliner CDU aufgegriffen. Der Vorstand der Westberliner SPD muß sich daher mit dem Für und Wider einer solchen Kundgebung, deren Effekt von Neubauer als "nicht sonderlich" bezeichnet wurde, noch befassen. Bei Redaktionsschluß war ein Ergebnis der Beratungen noch nicht bekannt.

Auch die Reise Bundeskanzler Kiesingers nach Westberlin diene eher der Beruhigung erhitzter Gemüter. Aus dem Gespräch Kiesinger-Schütz wird bekannt, daß Einigung darüber erzielt wurde, jeden Gegenschritt nicht nur einmal, sondern dreimal zu überlegen, weil jede Gegenmaßnahme die Gefahr einer Eskalation mit sich bringe. In der gegenwärtigen Situation seien alle drei Westalliierten nicht nur unwillig, sondern auch unfähig, eine solche Eskalation durchzustehen. Man müsse damit rechnen, den Berlin-Status sogar angeknabbert zu bekommen, wenn man nicht "sehr besonnen" reagiere. Kiesinger und Schütz einigten sich, den ganzen Vorgang "mehr fiskalisch" zu sehen. Der Bund werde Westberlin also ersetzen, was nötig sei. Kiesinger unterrichtete Schütz über seine Gespräche mit den Botschaftern der Westmächte, die "nicht einmal verbal sehr empört waren". Als Hauptproblem wurde nicht so sehr die finanzielle Belastung angesehen, die jetzt durch Visumgebühren und steuerliche Belastungen der Wirtschaft entstehe, sondern der zu erwartende weitere Rückgang der Investitionen in Westberlin. Damit könne Westberlin der Todesstoß versetzt werden. Noch vor der Sommerpause des Parlaments, so kam man überein, müsse daher das neue Berlinhilfegesetz nicht nur verabschiedet, sondern möglichst schon evident werden.

WESTBERLIN: VERTEIDIGUNGS-AUSSCHUSS NICHT MEHR IN DIE STADT

In den Westberliner Führungsgremien der SPD ist es zu einer Kontroverse wegen der Bonner Entscheidung gekommen, den Verteidigungsausschuß des Bundestages nicht mehr in Westberlin tagen zu lassen. Der SPD-Rechtsaußen Westberlins, Harry Liehr, griff den Bonner SPD-Rechtsaußen Herbert Wehner anschließend wegen dessen Entscheidung an, keine Vertriebenentreffen mehr in Westberlin stattfinden zu lassen - die Vertriebenen könnten solche Treffen nur mit der finanziellen Unterstützung des Gesamtdeutschen Ministeriums Wehners durchführen. Liehr stellte die Frage, ob die nächsten Ausschüsse, die Westberlin meiden sollten, dann der Gesamtdeutsche oder der Vertriebenen Ausschuß sein sollten: "Wie weit geht das noch?" Die Kontroverse entzündete sich an den jetzt in Westberlin bekanntgewordenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Brandt und Wehner über das Stimmrecht der Westberliner Bundestagsabgeordneten bei den Abstimmungen über die Notstandsgesetzgebung. Wehner hatte den Standpunkt vertreten, da die Notstandsgesetze für Westberlin nicht relevant seien, sollten die Westberliner an der Abstimmung nicht teilnehmen, um die DDR nicht unnötig zu provozieren. Brandt setzte sich jedoch durch: Westberlins Bundestagsabgeordnete stimmten mit. An der Abstimmung über die Notstandsgesetzgebung im Bundesrat am gestrigen Freitag hingegen nahm die Westberliner Vertretung nicht teil.

MÜNCHEN: EUROPATREFFEN GEGEN DEN FASCHISMUS

Zahlreiche antifaschistische Organisationen und Einzelpersonlichkeiten haben zu einem "Europatreffen gegen Neonazismus und Faschismus, für europäische Sicherheit und Völkerverständigung" aufgerufen. Das Treffen findet am Sonnabend, 22. Juni 1968, in München und am darauffolgenden Tag in Dachau statt. Es wird mit vier öffentlichen Podiumsgesprächen eröffnet. Am Nachmittag wird eine Demonstration, zu der mehr als 40 000 Menschen erwartet werden, von der Theresienwiese und den Tagungsstätten der Podiumsgespräche zum Wittelsbacher Platz im Zentrum der Stadt ziehen. Am Abend finden zwei kulturelle Großveranstaltungen unter Beteiligung von Künstlern aus der Bundesrepublik, der DDR, aus Frankreich, England und Griechenland statt. Träger der Veranstaltung ist die "Demokratische Aktion". EXTRA-Dienst wird in seiner nächsten Ausgabe den Aufruf der Aktion mit den Namen der Unterzeichner veröffentlichen. - Aus Westberlin werden mehrere Busse zu der Veranstaltung fahren. Anmeldungen bei Michel Lang, Telefon 24 44 72 und im Büro des Republikanischen Clubs, Telefon 883 40 75.

DGB: STAGNATION ODER SCHWUND IM ORGANISATIONSSTAND

Das Deutsche Industrieinstitut hat sich, unverhohlen höhnisch, der Organisationsstruktur seines "Sozialpartners", des Deutschen Gewerkschaftsbundes, angenommen und eine Analyse der Mitgliederbewegung vorgelegt. Sie wird im Unternehmerbrief des Instituts veröffentlicht. 1967 sank die absolute Zahl der DGB-Mitgliedschaft danach um 129 000 auf nur noch 6,4 Millionen. Der Grad der Organisation der Arbeitnehmer im DGB ist damit von 1951 (mit 38,6 Prozent) auf nur noch 29,8 Prozent gesunken. Der DGB repräsentiert also nicht einmal mehr ein Drittel der westdeutschen und Westberliner Arbeitnehmer. Nur insgesamt vier der dem DGB angeschlossenen 16 Einzelgewerkschaften konnten ihren Organisationsgrad erhöhen: Die Postgewerkschaft, die Eisenbahnergewerkschaft, die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

PHILOSOPHISCHES SEMINAR: SELBSTBESTIMMUNG GEFORDERT

Ein teach-in am Montag, 17. Juni, 19 Uhr, im Philosophischen Seminar (Gelfertstraße 11) soll den Professoren Gelegenheit geben, sich zu den Vorstellungen der Studenten über eine Umgestaltung der Arbeit am Seminar zu äußern. Kernpunkt des Reformplanes ist eine Änderung der Stellung der Assistenten und Hilfsassistenten. Die Studenten fordern Gleichberechtigung in der Bestimmung ihrer Studien (siehe auch "Plan zur Neuordnung der ostasiatischen Studien" auf Seite 8).

BIENNALE: STATT FESTIVAL KULTURKONGRESS

Die in der kommenden Woche beginnende Biennale in Venedig soll von einem Festival zu einem linken Kulturkongress umfunktioniert werden. Wie aus Italien zu hören ist, seien dafür "alle Vorbereitungen getroffen". Teilnehmer kommen auch aus der Bundesrepublik und Westberlin. Montagfrüh fährt die SDS-Projektgruppe "Kultur und Revolution" mit mehreren PKWs nach Venedig. Die Rückfahrt wird am Sonnabend, 22. Juni, erfolgen. Interessenten informieren sich bei Jobst Meyer, Telefon 32 60 65.

FRANKREICH: DIE AUSWEISUNG DER 16 WESTDEUTSCHEN

16 Westdeutsche wurden in der vergangenen Woche unter fadenscheinigen Gründen aus Frankreich ausgewiesen. In Zivil gekleidete Beamte der Sicherheitspolizei CRS verhafteten sie teilweise auf der Straße, zum Teil in den Wohnungen. Die meisten konnten nicht einmal Gegenstände des persönlichen Gebrauchs mitnehmen. Unter den Verhafteten befinden sich vier Journalisten: Malte Rauch, Samuel Schirmbeck, Gustav Lamche und dessen Frau mit drei Kindern. Die Bibliothekarin Adelheid Benz wurde des Landes verwiesen, weil sie bei Lamche angetroffen wurde, wo sie Bücher abholte (die dieser wegen einer Fußverletzung nicht zurückbringen konnte). Ebenfalls verhaftet und ausgewiesen wurde eine Touristin, die sich zufällig nach dem Gesundheitszustand Lamches erkundigt hatte und in dessen Wohnung angetroffen wurde. Verhaftet wurde auch der Exil-Russe Boris Fränkel, den andererseits die Bundesrepublik als Staatenlosen nicht einreisen ließ, so daß er sich im Niemandsland zwischen Frankreich und der Bundesrepublik aufhalten mußte. Die Information, daß er wieder nach Paris zurücktransportiert und dort inhaftiert wurde, blieb bisher unbestätigt. Im Gefängnis befindet sich jedenfalls die hauptsächlich in der Bundesrepublik lebende Französin Yvonne Roseau, deren Paß man für gefälscht hält, da sich ein französischer Botschaftsangestellter in Bonn beim Verlängern des Passes offenbar verschrieben hat. Als Grund für die Ausweisung wurde zuerst Waffenschmuggel angegeben. Nachdem sich das als haltlos herausgestellt hatte, wurden die Verhafteten der Sympathie für den SDS bezichtigt: Man hatte bei einem der Journalisten nämlich die Telefonnummern von Cohn-Bendit gefunden. Die vier Journalisten und die fünf ausgewiesenen Studenten haben inzwischen die Bundesregierung um eine Intervention gebeten, die eine Aufhebung der Ausweisung zum Ziel hat.

SOWJETUNION - VATIKAN: ANNÄHERUNG ÜBER ORTHODOXIE

Die Annäherung der Sowjetunion an den Vatikan, seit Monaten vertraulich betrieben (EXTRA-Dienst berichtete darüber), macht Fortschritte. In Rom wurden in den beiden letz-

ten Wochen Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der Russisch-Orthodoxen Kirche geführt, die mit der Ernennung gegenseitiger Repräsentanten abgeschlossen wurden. Die Vertretung des Moskauer Patriarchats in Rom soll ausschließlich kirchlichen Charakter haben, die vatikanische Vertretung in Moskau wird den Status einer "Legazione Consolare" erhalten, also den einer politischen Vertretung. Sie soll in ständige Verhandlungen mit der UdSSR eintreten.

NEUBAUER: BRITEN LEHNTEN PANZER-EINSATZ AB

Aus gut informierter Quelle ist zu erfahren, daß Innensenator Kurt Neubauer vor dem 1. Mai angesichts "zu befürchtender Zusammenstöße zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen" die zuständige Besatzungsmacht gebeten hatte, der Westberliner Polizei den Einsatz gepanzerter Fahrzeuge zu gestatten. Neubauer erhielt eine schriftliche Absage der für den britischen Sektor zuständigen Behörden.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG: FÜR WESTBERLIN EIN ERSATZ

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag werden auch in Westberlin zu den bereits bekannten Notstandsmaßnahmen weitere Vorbereitungen getroffen. Da die Bonner Notstandsplanung wegen alliierter Vorbehalte nicht in die Stadt übernommen werden können, wurden jetzt in jedem der zwölf Bezirke "Katastrophenausschüsse" gebildet. Die Mitglieder bestehen im wesentlichen aus SPD-Mitgliedern. Ein auf staatlicher Ebene existierender Ausschuss hat koordinierende Funktionen und arbeitet dabei eng mit den drei westlichen Besatzungsmächten zusammen. Demnächst soll auf einer Übung der "Katastrophenfall" durchexerziert werden. Der Termin für die Übung steht allerdings noch nicht fest. Unter der Führung des Spandauer SPD-Vorsitzenden Ehrke, gleichzeitig Vorsitzender des Abgeordnetenhaus-Ausschusses für Sicherheit und Ordnung, besteht außerdem jetzt ein Krisenausschuss, dem im Rahmen der Notstandsgesetzgebung in Westberlin weitgehende Vollmachten zufallen.

PETER-FECHTER-JUGEND: AKTIVE ANTIKOMMUNISTISCHE AKTIONEN

Wie jetzt bekannt wurde, führte der Vorsitzende der rechtsgerichteten "Peter-Fechter-Jugend", Pieper, Ende Mai im Westberliner Bundeshaus ein Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Lemmer, das die organisatorische Festigung und ein wirkungsvolles Auftreten dieser Organisation in der Öffentlichkeit zum Ziel gehabt haben soll. Pieper zu Lemmer: Der "wachsende prokommunistische Einfluß in unserem Vaterland muß gebannt und zurückgedrängt werden". Die Tätigkeit der Organisation, gab Pieper kund, sei weniger im Herumsitzen in langweiligen Versammlungen als in aktiven antikommunistischen Aktionen zu sehen. Fechter-Jugend-Vorstandsmitglied Plöckinger prahlt in diesem Zusammenhang damit, daß er sich im Keller seines Wohnhauses ein Lager mit Rauchbomben und Tränengas zugelegt habe.

ARBEITER IM PARLAMENT: WIE DIE SPD KANDIDATEN SIEBT

Klaus Henseler, Maschinensetzer und Student an der Gewerkschaftsakademie in Hamburg, und Klaus-Peter Surkemper, FU-Student der Politischen Wissenschaften, haben die "Repräsentation der Arbeiter in kommunalen Selbstverwaltungsorganisationen" anhand der Bezirksparlamente in den Westberliner Bezirken Steglitz und Kreuzberg untersucht. Steglitz gilt als "bürgerlich", es war Sitz der ersten NSDAP-Ortsgruppe in Berlin und wird heute SPD-politisch als rechts eingestuft; Kreuzberg ist ein Arbeiterwohnbezirk und wird parteipolitisch als "links" beurteilt. Die Untersuchung wurde in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" (Köln, Deutz-Kalker-Straße 46, Heft Juni 1968) veröffentlicht. In Kreuzberg ging (bei insgesamt 46 bis 54 Kandidaten) die Zahl der von der SPD aufgestellten Arbeiter zwischen 1946 und 1967 von 20 über 13 auf 7 zurück; in Steglitz schwankte sie zwischen 5, 7 und 3; sichere Plätze - die auf der Liste also oben stehen - gibt es seit 1954 in Steglitz für Arbeiter nicht mehr; in Kreuzberg sind es nur noch zwei. Hingegen stieg die Zahl der SPD-Kandidaten, die im öffentlichen Dienst stehen, in Kreuzberg von 11 über 19 auf insgesamt 28 (von 50), in Steglitz von 13 über 24 auf 36 (von insgesamt 45). Die Untersuchung erstreckt sich auch auf Themen, die in SPD-Mitgliederversammlungen

behandelt worden sind und die für Arbeiter spezifisch interessant sein könnten. Zwischen 1959 und 1967 wurden in Kreuzberg nach dieser Untersuchung 669 Versammlungen abgehalten; von diesen hatten nach der Untersuchung 36 Prozent einen geringen Interessenwert für Arbeiter (Reiseberichte, gesellige Veranstaltungen, Filmabende und Themen wie "Gesunde und vollwertige Ernährung"), 48,9 Prozent hatten einen mittleren Interessenwert für Arbeiter (parteinterne Wahlen, Hauptversammlungen, allgemeine Westberliner Themen, etwa "Prostitution in Berlin"); nur 15,1 Prozent befaßten sich mit spezifisch für Arbeiter interessanten Themen (Sozialpolitik, Notstandsgesetzgebung, Bildungspolitik, Arbeitsplatzprobleme). In Steglitz ist die Situation ähnlich. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß das "Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht des Arbeiters auf die Teilnahme bei Wahlen beschränkt" ist. Die SPD berücksichtige Arbeiter nicht nur bei der Auswahl ihrer Kandidaten ungenügend, sie beschäftige sich auch in ihrer Arbeit kaum mit arbeiter-spezifischen Themen. Die personelle Verschmelzung von Parlament und Verwaltung gebe zu denken.

OSTKONTAKTE: ANTWORT AUS DEM DIESSEITS

Die Redaktion der Münchener Studentenzeitung "konturen", die sich an die Prager Universität mit der Bitte um Material über die dortige Hochschulreform und den Prozeß der politischen Umstrukturierung in der CSSR gewandt hatte, erhielt Antwort nicht aus Prag, sondern von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München. Die Staatsanwaltschaft übersandte ein - offenbar aus Prag abgeschicktes - Heft der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" mit der Bemerkung, man habe Post aus Prag für München geöffnet, würde aber "aus Gründen des Ermessens" von einer "Einziehung der Sendung absehen".

KAPFINGER-BERICHT ÜBER SPD: "LUST AM UNTERGANG"

Die "Passauer Neue Presse" des Herrn Kapfinger beschäftigt sich in einer ihrer letzten Ausgaben ausführlich mit der innerparteilichen Situation der bayerischen SPD; Tenor des Berichtes ist eine umfassende Nachrichtensammlung für die Verfassungsschutzorgane der Bundesrepublik. In Zwischenüberschriften ist von einer "Ost-Unterwanderung der SPD" die Rede, von der "Lust am Untergang" und von Versuchen, "die SPD umzudrehen". In Gera in der DDR sei ein eigener Führungsstab für die Beeinflussung der bayerischen SPD eingerichtet worden. Die Folgen seien bereits abzusehen: die Münchener SPD sei aufgefordert worden, ausgeschlossene SDS-Mitglieder wieder aufzunehmen und dafür den "Sudetendeutschen" SPD-Mann Almar Reitzner, den stellvertretenden Landessekretär Pohl und den ehemaligen Jungsozialisten-Vorsitzenden Dr. Müller, jetzt MdB, auszuschließen - wegen Rechtsabweichung. Außerdem unterstützten Teile der SPD bereits Aktionen der APO, so der Landtagsabgeordnete Rudolf Schöfberger. Der Münchener Jungsozialisten-Vorsitzende Klaus Spiegel arbeite bereits offen mit dem SDS zusammen, ebenso der 3. Landesvorsitzende des DGB, Xaver Senft. Der 2. Landesvorsitzende des DGB, Seitz, habe sogar einer kommunistischen Zeitung aus Wien ein Interview gegeben. In seiner Privatwohnung habe das Münchener Juso-Vorstandsmitglied Geiselberger einen Treff mit SED-Leuten gehabt und - man höre - Jungsozialisten hätten Flugblätter verteilt, in denen die Leute aufgefordert wurden, statt der "Bild"-Zeitung den "Spiegel" oder die Düsseldorfer "Volkszeitung" zu lesen. In systematischer Kaderarbeit würde vor allem im Unterbezirk München versucht, "demokratische und rechtschaffene SPD-Abgeordnete abzuwählen"; auf der "Abschußliste" ständen Weishäupl, Zankl und Demeter im Landtag, Kahn-Ackermann, Folger und Dr. Müller im Bundestag. Die Linke verfüge über "Zeit und Geld", sei "Tag um Tag aktiv". Der Erfolg sei bereits da: In den Großbetrieben und in der Münchener Polizei, "die bisher immer stark zur SPD tendierten", wende man sich von dieser Partei ab. In einer Meinungsumfrage habe Bayerns SPD festgestellt, daß die Partei in München derzeit eine Wahlniederlage hinnehmen müßte, die "noch katastrophaler als die in Baden-Württemberg wäre".

Die "Lust am Untergang" habe auch den bisher parteitreuen Bezirk Franken erfaßt. Genannt wird hier der Bundestagsabgeordnete Konrad Porzner, der Entscheidungen der Bundes- und Landespartei ständig kritisiere. Kapfingers "Passauer Neue Presse" rät deshalb Porzner - einem Nationalspieler des Deutschen Ex-Handballmeisters TSV Ansbach - er solle lieber Sport treiben als sich mit Politik befassen.

WANDEL DURCH VISA ?

Noch sind in Westberlin nicht "die Lichter ausgegangen". Aber es ist mit einem Schlag sehr viel trüber geworden. Darüber täuschen auch keine hastigen Solidaritätsbekundungen hinweg. Wer dieser Stadt helfen wollte und helfen konnte, hatte dazu in den letzten zwanzig Jahren genügend Gelegenheit. Jetzt ist da nicht mehr viel Spielraum, weder für Vorsichtige, noch für Couragierte. Die Einführung des Visumzwanges im Berlin-Verkehr ist der härteste Schlag des anderen deutschen Staates gegen die hiesige Westberlin-Politik seit dem Mauerbau. Seine perspektivischen Auswirkungen sind abzusehen: Sie werden Westberlin forciert abschnüren, und es bleibt kaum die Möglichkeit einer Gegenwehr. Dieser Schlag ist genau berechnet.

Erstens: Der Visumzwang räumt einseitig mit der Rest-Fiktion auf, die Zufahrtswege nach Westberlin seien "Interzonen"-Strecken. Es gibt keinen Rechtsanspruch mehr für den Verkehr Westdeutscher und Westberliner auf den DDR-Straßen. Daß er bereits durchlöchert war, schmälert die politische und präjudizierende Bedeutung dieses Vorganges nicht. Ob es ihn je gegeben hat, ist überdies strittig. Entscheidend war und ist das reale Machtverhältnis in diesem Raum.

Zweitens: Die Zusatzbesteuerungen für Warentransporte, zudem gut begründet, werden der Wirtschaft noch konturierter als ohnehin vor Augen führen, daß es ein unkalkulierbares Risiko war, ist und bleiben muß, in Westberlin zu investieren. Die Unlust, sein Geld in eine solche Stadt zu tragen, wird sich verstärken, die Industriestruktur Westberlins wird sich dadurch noch schneller verschlechtern, die Arbeitsplätze werden noch mehr überaltern und für junge Fachleute uninteressanter denn je werden. Hier schließt sich der Kreis für die Nicht-Lebensfähigkeit Westberlins.

Drittens: Der gewählte Zeitpunkt für diesen Schlag verrät politische Stabsarbeit: Die USA und Frankreich stecken gegenwärtig so sehr in hautnahen Krisen, daß sie sich das ferne Westberlin-Jackett gewiß nicht anziehen wollen. Auch England hat andere Sorgen. Der sowjetischen Führung muß gerade jetzt an einer Demonstration ihrer Verbundenheit mit treuen Partnern und an dem Nachweis gelegen sein, daß sie in ihrer mitteleuropäischen Politik nicht "knieweich" geworden ist. Den Verbündeten in Prag und Bukarest wird so auf drastische Art in Erinnerung gerufen, daß es nicht allein freundliche Koexistenz, sondern auch noch ein paar Kampfaufgaben in diesen Breitengraden gibt, die Solidarität erfordern.

Gerade ihnen soll vorgeführt werden, wie sich die "neue Ostpolitik" Bonns ausnimmt, wenn eines der noch anstehenden Kernprobleme in der Deutschlandfrage unsanft tangiert wird. Brandt bei Tito als Botschafter guter Worte an liberale kommunistische Regimes - dieser Zeitpunkt mußte Moskau trefflich erschienen sein.

Soweit die Fakten. Was soll nun geschehen? Wer seinen Gegner nicht durch Zwang in Schach halten kann, tut gut daran, sich mit ihm zu arrangieren. In und um Berlin ist der Zeitpunkt, wo dies mit Aussicht auf befriedigende Gegenleistungen getan werden kann, seit spätestens drei bis fünf Jahren verstrichen. Brandts, oder besser: Egon Bahrs, damaliger Versuch eines "Wandels durch Annäherung" hätte noch die Kurve kriegen können, wäre er nicht schon in den Ansätzen Bonner Intrigen und der Verblendung erlegen, man könne die Anerkennung des anderendeutschen Staates vermeiden. Westberlin auf Schleichpfaden in die Bundesrepublik integrieren. Diese Selbstüberschätzung rächt sich nun in Progression.

Die sterbende Stadt ist nur zu retten, wenn es gelingt, für ihre Lebensfähigkeit ein positives Interesse bei Sowjets und DDR zu wecken. Dies setzt drei "Essentials" voraus: Anerkennung der DDR; Verzicht auf staatsrechtliche Integration Westberlins in die Bundesrepublik und die Schaffung einer neuen, aber wirklich neuen Funktion für die Teilstadt im Rahmen des West-Ost-Verhältnisses. Ein "Preis" dafür ist nicht mehr zu erwarten. Nur die Garantie, daß die zwei Millionen Westberliner für eine lange Periode frei nach ihrer Wahl, währungs-, wirtschafts- und sozialpolitisch verbunden mit der westdeutschen Gesellschaft und in ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr als unvermeidlich behindert, leben können. Auf nichts von alledem können diese zwei Millionen hoffen, wenn die noch gültigen Berlin-Dogmen zu Nutz und Frommen bundesrepublikanischen Prestiges und zur Verschleierung einer verfahrenen Politik geheiligt bleiben.

VERBÄNDE DER APO: DDR-BESCHLÜSSE TREFFEN NICHT HERRSCHENDE

Studentische Verbände der Außerparlamentarischen Opposition (Studentenvertretung von FU, TU und PH, SDS, HSU, LSD und GSG) haben einen Brief an das ZK der SED geschrieben. Er beschäftigt sich, wie eine Erklärung des Republikanischen Clubs in Westberlin, mit den neuen Maßnahmen der DDR, die Einführung eines Sichtvermerks im Verkehr zwischen Bundesrepublik, DDR und Westberlin betreffend.

DIE ERKLÄRUNG DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

"Zu den jüngsten Beschlüssen der Regierung und der Volkskammer der DDR erklärt der Republikanische Club Westberlin: Der Republikanische Club ist nicht der Ansicht, daß die von der Regierung der DDR beschlossenen und von der Volkskammer gebilligten Maßnahmen eine sinnvolle und angemessene Reaktion auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze in der Bundesrepublik darstellen, wie dies in der Begründung durch DDR-Innenminister Dickel behauptet wird. Diese Beschlüsse treffen nicht in erster Linie die herrschenden Kreise in der Regierung und in der Wirtschaft der Bundesrepublik. Die Maßnahmen der DDR fallen vielmehr wegen der damit verbundenen finanziellen Konsequenzen in erster Linie auf die breite Masse der lohnabhängigen Bevölkerung zurück, gegen die sich auch die Notstandsgesetze richten, und für die die neuen Gebühren eine fühlbare Belastung darstellen. Es kann weder im Sinne einer sozialistischen Regierung noch im Sinn der fortschrittlichen Gruppen in Westdeutschland und Westberlin sein, durch finanziellen Druck das politische Bewußtsein der Bevölkerung verändern zu wollen. Diese Maßnahmen erhöhen darüber hinaus die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Westberlins von der Bundesrepublik.

Bei aller Kritik an den Maßnahmen der Regierung der DDR halten wir es für einen Skandal, daß die verantwortlichen Stellen in Westberlin und Bonn es bisher durch ihre Politik versäumt haben, normale Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Der RC fordert den Senat und die Bundesregierung auf, unverzüglich Verhandlungen mit der Regierung der DDR aufzunehmen mit dem Ziel, durch politische Gespräche Gebührenfreiheit für den Transitverkehr und auf lange Sicht einen befriedigenden Status für Westberlin zu erreichen."

DIE ERKLÄRUNG DER STUDENTISCHEN VERBÄNDE

"Mit der neuen Durchführungsbestimmung zum Paßgesetz der DDR hat der Ministerrat der DDR wieder einmal sozialistische Politik durch bürokratische Bestimmungen ersetzt. Der Landesverband des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und die Studentenvertretungen der Freien Universität Berlin und der Technischen Universität, die seit Jahren den Kampf gegen die Notstandsgesetze führen und für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze eintreten, halten diese Maßnahmen für falsch. Sie richten sich in erster Linie gegen die Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler in der Bundesrepublik und Westberlin, die auch die neuen wirtschaftlichen Belastungen zu tragen haben. Sie richten sich nicht gegen die herrschende Klasse, die Westberlin im allgemeinen auf dem Luftwege zu besuchen und zu verlassen pflegt.

Eine sozialistische Antwort auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze wäre gewesen, die Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter, Studenten und Schüler in der DDR zu erweitern und die innerparteiliche Demokratie in der SED zu praktizieren, um so eine eindeutige sozialistische Alternative zum westdeutschen Notstandsstaat zu sein. Vielmehr verfällt die SED dem Irrtum, es handele sich bei NS-Gesetzen in erster Linie um ein Instrument zur Kriegsvorbereitung, wogegen sie primär ein Mittel zur Unterdrückung des Klassenkampfes in der BRD selbst sind. Man kann der DDR-feindlichen Politik der Bundesregierung und des Berliner Senats und der Anmaßung des Alleinvertretungsanspruchs mit derartigen bürokratischen Schritten nicht begegnen. Sie liefern im Gegenteil dem Westberliner Senat erneut ein Alibi weiterhin eine Deutschlandpolitik gegen das Interesse der Berliner Bevölkerung zu betreiben und von der wirtschaftlichen Krise in Westberlin abzulenken.

Deshalb fordern wir Sie auf, die neuen Durchführungsbestimmungen wieder aufzuheben."

OSTASIEN-INSTITUT: KONKRETE FORSCHUNG UND GLEICHBERECHTIGUNG

Die Vollversammlung der Studenten des Ostasiatischen Seminars an der FU haben am 7. Juni einen Plan zur Neuordnung der ostasiatischen Studien an der FU vorgelegt. Im Japanologischen Institut hatte sich konkrete Kritik an den herrschenden Hochschulverhältnissen in einer studentischen Besetzung ausgedrückt. Kernpunkte des Planes, den EXTRA Dienst mit der Begründung der Studenten im Wortlaut dokumentiert, sind die Zusammenfassung der ostasiatischen Studien an einem Institut und die völlige Gleichberechtigung aller Mitglieder des Instituts, unter denen Dozenten, Assistenten, Institutsangestellte und Studenten verstanden werden:

PLAN ZUR NEUORDNUNG DER OSTASIATISCHEN STUDIEN AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Begründung

China und Japan zählen zu den führenden Nationen; ohne Kenntnis ihrer Sprachen und der durch sie vermittelten Kulturen kann die Welt der Bedeutung Ostasiens nicht gerecht werden. Ostasien-Forschung ist also notwendiger denn je. In anderen Ländern ist sie längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden und hat an den Universitäten einen angemessenen Platz gefunden. In Deutschland - abgesehen von dem Neubeginn in Bochum - noch nicht, auch nicht an der Freien Universität Berlin. Dabei besaß die Berliner Ostasien-Forschung bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts einige Jahrzehnte lang einen hervorragenden, in aller Welt anerkannten Rang. Dem Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin, so wie es bisher bestand, gelang es nicht, an diese Tradition anzuknüpfen oder gar neue Formen zu entwickeln, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Der augenblickliche Zustand birgt aber die Chance, die überfällige Reform der Ostasien-Forschung in Berlin im Rahmen der Neubildung eines Ostasien-Instituts zu verwirklichen. Dieses Institut hat die Aufgabe, die Grundlage zu erarbeiten für ein philologisches, geistesgeschichtliches, historisches, sozio-ökonomisches und politisches Verständnis der ostasiatischen Kulturen sowie ihrer Beziehungen untereinander und zur westlichen Welt. Ostasien ist als Ganzes zu betrachten. Daher ist es notwendig, die Forschung in einem Institut zusammenzufassen, in dem Fachvertreter aller Wissenschaftsgebiete im Rahmen eines interdisziplinären Departments auf der Grundlage des Kollegialitätsprinzips zusammenarbeiten, um die Gliederung nach politisch-geographischen Gesichtspunkten zu überwinden. Selbstverständlicher Ausgangspunkt ist das Studium von Materialien in den betreffenden Sprachen, wofür die Beherrschung der klassischen und modernen Sprachen durch die Fachvertreter eine unerläßliche Voraussetzung ist.

I. Personelle Gliederung des Ostasien-Institutes

a) Voraussetzung für eine fruchtbare Auseinandersetzung mit Ostasien ist die Kenntnis der beiden Hauptsprachen, Chinesisch und Japanisch. Für diese beiden Sprachen steht je ein Wissenschaftler zur Verfügung, der die philologische Ausbildung wahrnimmt und darüber hinaus in der Lage ist, literaturwissenschaftliche und geistesgeschichtliche Zusammenhänge darzustellen. Der praktische Teil der Sprachausbildung (klassische Sprache und Umgangssprache) wird von zumindest je zwei Lektoren (ein Europäer und ein Asiate) durchgeführt. Für etwa dem Institut angeschlossene Abteilungen (z. B. Koreanistik) ist mindestens jeweils ein Lektor erforderlich. Diese Lektoren sollen eine eingehende linguistische Ausbildung, mit dem Magister oder einem entsprechenden Grad abgeschlossen, und eine Zusatzausbildung für den Unterricht im Sprachlabor besitzen.

b) Ebenso sind zwei Lehrstühle eingerichtet für Fachkräfte, die nicht-philologische Fachgebiete vertreten. Dabei ist der Bezug auf die Moderne ebenso selbstverständlich wie eine gewisse Schwerpunktabgrenzung zu anderen Universitäten ökonomisch sinnvoll. Die Fachgebiete, die im Rahmen des Erstausbaues des Ostasiatischen Institutes nicht durch Lehrstühle vertreten sind, sollten in jährlichem Wechsel durch in- und ausländische Gastdozenten wahrgenommen werden. Dabei sollen Kontakte zur internationalen Forschung

hergestellt und neueste wissenschaftliche Forschungsergebnisse oder aktuelle Fragen des ostasiatischen Raumes berücksichtigt werden.

c) Tutorengruppen, die sich vorwiegend mit aktuellen Problemen Ostasiens beschäftigen, setzen die Tradition der im Augenblick am Japanologischen Institut bestehenden Arbeitskreise fort.

d) Umfang und Ausbau der zentralen Bibliothek des Ostasiatischen Institutes erfordern einen wissenschaftlichen Bibliothekar mit einer Ausbildung in Sinologie und Japanologie, damit er in der Lage ist, Anschaffungen selbsttätig zu planen und auszuführen. Ihm obliegt unter anderem die Verfolgung des Forschungsstandes sowie die Erstellung von Fachbibliographien und eines Berliner ostasiatischen Gesamtkatalogs für das Institut.

e) Die Verwaltung liegt grundsätzlich in den Händen nur mit dieser Aufgabe betrauter und für alle Abteilungen verantwortlicher Personen (wenigstens ein Verwaltungsassistent mit fachlicher Qualifikation, sowie mindestens eine Sekretärin).

II. Lehrmaterial und Bibliothek

a) Für alle Abteilungen des Institutes gibt es eine gemeinsame Bibliothek (einschließlich Mikrobibliothek). Hinzu treten Tonarchiv, Bildarchiv, Kartensammlung, Vervielfältigungs- und Fotolabor.

b) Grundlage für den Sprachunterricht ist ein nach den neuesten didaktischen und methodischen Erkenntnissen eingerichtetes Sprachlabor.

c) Es gibt ein Stipendienprogramm für Studenten fortgeschrittener Semester zur Durchführung bestimmter Forschungsvorhaben im Rahmen ihrer Ausbildung und zum Besuch von Kongressen, Symposien und Ausstellungen.

III. Entwurf einer Satzung des Ostasien-Institutes

§ 1 Das Institut dient der Ostasien-Forschung. Es vereinigt in Lehre und Forschung die ehemals getrennten Fachbereiche der Sinologie und Japanologie. Andere inhaltlich verwandte Fachbereiche sind dem Institut angeschlossen.

§ 2 Mitglieder. Das Institut setzt sich zusammen aus: a) den Dozenten, soweit sie Daueraufgaben (wenigstens ein Semester) in der Lehre und Forschung des Fachbereichs wahrnehmen; b) den Assistenten, sowie den wiss. Hilfskräften und wiss. Tutoren; c) den Institutsangestellten; d) den Studenten des Ostasien-Institutes (Haupt- und Nebenfächler, ebenhörer) sowie exmatrikulierten Examenskandidaten und Doktoranden.

§ 3 Die Vollversammlung besteht aus allen Mitgliedern des Institutes. Sie entscheidet grundsätzlich in allen das Institut betreffenden Fragen mit einfacher Mehrheit der Anwesenden, wenn in der Satzung nicht anders vorgesehen; über Änderungen dieser Satzung mit Zweidrittelmehrheit.

a) Aufgaben: 1. Aufstellung des Haushaltsplanes; 2. Besetzung freier Stellen (Berufungen mit Zweidrittelmehrheit); 3. Prüfungs- und Studienordnungen; 4. Forschungs- und Lehrplan. Zur Ausarbeitung von Vorschlägen zu den oben genannten Punkten, die der Vollversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen, ernennt die Vollversammlung aus ihrer Mitte jeweils Kommissionen, die sich aus Mitgliedern der in § 2 a, b, d aufgeführten Gruppen drittelparitätisch zusammensetzen.

b) Die Vollversammlung wählt jährlich einen ständigen Ausschuß zur Führung der laufenden Geschäfte. Der Ausschuß setzt sich drittelparitätisch aus Mitgliedern der in § 2 a, b, d aufgeführten Gruppen zusammen. Er ist der Vollversammlung verantwortlich und jederzeit mit Zweidrittelmehrheit abwählbar. Der Ausschuß bestimmt turnusmäßig eines seiner Mitglieder zum Geschäftsführer mit Unterschriftskompetenz. Die Aufgaben des Ausschusses sind: 1. die Durchführung der Beschlüsse der Vollversammlung; 2. die Repräsentation des Institutes.

c) Die ordentliche Vollversammlung tritt mindestens dreimal im Semester zusammen. Sie wird vorbereitet und einberufen durch den ständigen Ausschuß. Außerordentliche Sitzungen der Vollversammlung finden auf Antrag des ständigen Ausschusses oder eines

Drittels der Mitglieder des Institutes statt. Die Vollversammlung muß in diesem Fall innerhalb von 5 Tagen nach dem Eingehen des Antrages stattfinden.

§ 4 In der Vollversammlung haben Gruppen nach § 2 das Vetorecht, sofern in der jeweiligen Gruppe Einstimmigkeit besteht, sowie Gruppen, die wenigstens 20 % der stimmberechtigten Institutsangehörigen umfassen. Wird von dem Recht Gebrauch gemacht, muß die Vollversammlung aus ihrer Mitte eine Schlichtungskommission bilden, die zur einen Hälfte aus der vetoeinlegenden Gruppe, zur anderen Hälfte aus anderen Mitgliedern der Vollversammlung besteht. Das Ergebnis ihrer Beratungen muß die Schlichtungskommission zur Bestätigung vorlegen. Wird die Bestätigung versagt oder erneut ein Veto eingelegt, wird der Vorgang wiederholt. Wird auch dann keine Einigung erzielt, entscheidet die Vollversammlung endgültig.

§ 5 Die Satzung tritt inkraft, wenn ihr die einfache Mehrheit der Vollversammlung zugestimmt hat.

IV. Übergangsregelung vor Inkrafttreten der Satzung

a) Gutachter: N. N.; b) Berufungen: N. N. Zu besetzende Stellen werden ausgeschrieben. Eingehende Bewerbungen sind zu berücksichtigen.

VERANSTALTUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 19. Juni, 20 Uhr: Harry Ristock (SPD) spricht über die "Außerparlamentarische Opposition in der SPD".

FREITAG, 21. Juni, 20 Uhr: In der Reihe der Freitagsdiskussionen spricht das RC-Vorstandsmitglied Helmut Lessing über "Selbstbestimmung in den Gewerkschaften".

HINWEISE DER REDAKTION

MEHRHEITSWAHLRECHT ZERSTÖRT DIE DEMOKRATIE heißt eine Broschüre der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Alma Kettig, die im Verlag W. Runge, 2 Hamburg 22, Postfach 5829, erschienen ist.

EINE ANTI-FASCHISTISCHE VERANSTALTUNG führen, wie im EXTRA-Dienst bereits angekündigt, am Sonntag, 16. Juni, 18 Uhr, der Bund der Verfolgten des Naziregimes und der Jüdische Arbeitskreis für Politik in der Landesbildstelle, Levetzowstraße 1, durch. Gezeigt wird der Film "Die Mörder sind unter uns" von Wolfgang Staudte. Anschließend sollen, wie die Einlader mitteilen, konkrete Aktionen gegen den Faschismus diskutiert und eine Verbindung zwischen dem alten und dem jungen Widerstand hergestellt werden.

PERSONALIEN

HELMUT NEUKIRCH, Jugendsekretär des DGB-Bundesvorstandes, ging am 1. Juni zum DGB Dortmund als Kreisvorsitzender. Ein Nachfolger für den Bundessekretär wird gesucht.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: